

Die Kommunalen Spitzenverbände Bayerns und Baden-Württembergs

Herrn Joaquin Almunia
EU-Kommissar für Wettbewerb
Vizepräsident der
Europäischen Kommission
B-1049 Brüssel
Belgien

Bayerischer Gemeindetag
Dreschstraße 8
D-80805 München

München, 9. Dezember 2011 – R I / fr

Verfahrensweise der Generaldirektion Wettbewerb gegenüber europäischen Kommunen bei Konsultationen

Sehr geehrter Herr Kommissar,

als seinerzeit die Völker der Niederlande und Irlands den ursprünglichen Entwurf des Verfassungsvertrags abgelehnt hatten und es in der Folgezeit nur unter großer Anstrengung gelang, das positive Votum aller Mitgliedstaaten der EU für den „Vertrag von Lissabon“ zu erreichen, wurde als einer der Gründe für die Schwierigkeiten, „Europa“ seinen Bürgerinnen und Bürgern nahezubringen, u.a. der abgehobene Umgang der EU-Kommission mit den nationalen Anliegen eben dieser Bürgerinnen und Bürger erkannt. In den vergangenen drei Jahren hörten wir bei unseren Besuchen in Brüssel immer wieder, man gelobe Besserung und werde insbesondere bei Konsultationen auf Transparenz und Fairness achten. Gleiches vernahm man aus dem Mund der Vertreter der EU-Kommission in Deutschland.

Wie mit Europas Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken seitens der EU-Kommission bei der Konsultation zum „Altmark-Paket“ umgegangen wurde, zeigt uns allerdings, dass die gelobte Besserung entweder schon wieder in Vergessenheit geraten ist oder nicht ernst gemeint war. Nicht anders als einen Affront müssen es die Kommunalen Spitzenverbände Bayerns und Baden-Württembergs auf allen lokalen Ebenen empfinden, wenn die Generaldirektion Wettbewerb am 16.09.2011 lediglich im Internet mitteilt, es werde hiermit konsultiert, dabei aber weder Informationen zu Art und Weise dieser Konsultation gibt noch auch nur mit einem Satz auf eine laufende Frist zur Abgabe der erbetenen Stellungnahmen zu sprechen kommt.

Am 6.10.2011 teilte dann eine Vertreterin der Kommission, Generaldirektion Wettbewerb, den Vertretern der kommunalen Europabüros Bayerns und Baden-Württembergs in einer Besprechung im CEMR (RGRE) mit, es laufe seit der Veröffentlichung am 16.09.2011 eine Monatsfrist, die dementsprechend am Sonntag, den 16.10.2011 ablaufe.

Die Startseite der Kommission im Internet mit der Gesamtübersicht über die laufenden Konsultationen enthielt keine Erläuterungen zur Konsultation zum Altmark-Paket. Erst bei einem Weiterklicken auf den Link „Konsultationen nach Politikbereichen“ erscheint die unter „Wettbewerb“ versteckte Konsultation. An dieser verborgenen Stelle wurde dann plötzlich auch mitgeteilt, die Kommission habe die Frist bis zum 21.10.2011 verlängert.

Wir, die Kommunalen Spitzenverbände Bayerns und Baden-Württembergs, protestieren energisch gegen diese Behandlung unserer 3.500 Mitglieder und damit gegen die Geringachtung der in unseren Ländern lebenden Bürgerinnen und Bürger. Ganz zu schweigen von der Frustration engagierter Mitarbeiter, die sich – ohne dass eine höhere Notwendigkeit dafür zu erkennen gewesen wäre - abhetzten, um der Generaldirektion Wettbewerb (vielleicht letztlich gar nicht gewünschte) fundierte Darlegungen zu einem zentralen Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge zukommen zu lassen.

Wir hoffen sehr, dass das hier von der EU-Kommission gezeigte Vorgehen nur ein Ausrutscher war. Andernfalls würde der Sache Europas ein Bärendienst erwiesen und anstelle angestrebter Wiederannäherung an die Bürgerinnen und Bürger eine weitere Entfremdung von „Brüssel“ bewirkt.

Mit freundlichen Grüßen



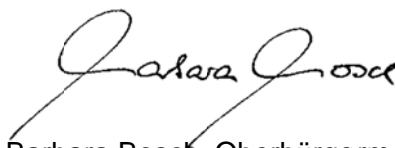
Dr. Uwe Brandl, Erster Bürgermeister
Präsident
BAYERISCHER GEMEINDETAG



Roger Kehle
Präsident
GEMEINDETAG BADEN-WÜRTTEMBERG



Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister
Vorsitzender
BAYERISCHER STÄDTETAG



Barbara Bosch, Oberbürgermeisterin
Präsidentin
STÄDTETAG BADEN-WÜRTTEMBERG



Dr. Jakob Kreidl, Landrat
Präsident
BAYERISCHER LANDKREISTAG



Helmut M. Jahn, Landrat
Präsident
LANDKREISTAG BADEN-WÜRTTEMBERG



Manfred Hölzlein, Bezirkstagspräsident
Präsident
VERBAND DER BAYERISCHEN BEZIRKE